Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0.30 RM., für Familienanzeigen 0.20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an den dreigespaltenen Textzeilenteil 1.25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Sonnabend, den 17. Juli 1926 — Nummer 164

Verhindert die Kohlenzufuhr nach England

Sammelt auf die Listen der IAH — Unterstützt die englischen Bergarbeiter

London, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Eine sechsstündige Sitzung der Bergarbeitervertreter mit dem Generalrat ging ergebnislos auseinander. Der Generalrat erklärte eine Sperrung der Kohlenbeförderung für unmöglich. Der Beschluß der Eisenbahnerlinien unter Führung des rechten Verräters Thomas in der vergangenen Woche natürlich im gleichen Sinne. In der Sitzung war es zwischen den Bergarbeitervertretern und den Führern des Generalrats zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen. Der Vermittlungsvorschlag der Kirche ist endgültig gescheitert, da die Regierung jeden Gedanken an weitere Subventionen ablehnt. Die Bischöfe und rechten Gewerkschaftsführer nahmen in heuchlerischer Weise gegen die „unbesonnenen" Bergarbeiterführer Cook und Smith Stellung. Unter dem Druck der Massenerregung aber ist der englische Generalrat gezwungen, sich für Einberufung des englisch-russischen Einheitskomitees zu erklären.

„Verhindert die englische Kohlenzufuhr!"

Von ist der Ruf aus der englischen Arbeiterschaft, der sich nicht nur an die englischen, sondern ebenso auch an die Transportarbeiter auf dem Kontinent richtet, wie wir aus dem Organ der Linken in der britischen Labour Party, dem „Sunday Worker", entnehmen. Darin heißt es u. a.:

„Welche Stimmung unter den Londoner Arbeitern, die die Erfahrung des Generalstreiks hinter sich haben, herrscht, bezeugen die Beschlüsse, die auf einer Versammlung aller Londoner Gewerkschaftsräte gefaßt wurden. Es wurde beschlossen, für den aktiven Boykott aller Kohlentransporte und für eine finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter, die wöchentlich mindestens 800 000 Pfund Sterling betragen soll, einzutreten. Der Verrat des Generalrats am Generalstreik wurde gebührend gebrandmarkt und der Kommunist Vaughan zum Vorsitzenden des Londoner Gewerkschaftsrates gewählt."

Das ist die Stimme der wachsenden Erbitterung nicht nur in den Reihen der Londoner, sondern in der gesamten englischen Arbeiterschaft gegen den Abbruch des Generalstreiks von den Reformisten und für die Mobilisierung der verstärkten Hilfe insbesondere durch den Boykott aller Kohlentransporte. Zum Ausdruck kommt dieser verstärkte Widerstand für den Kampf der englischen Bergarbeiter und seinen Sieg auch darin, daß unter Führung des Erzbischofs von Canterbury die Kirchenführer einen Vermittlungsvorschlag dem Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft unterbreiteten. Sie schlugen vor, daß die Bergarbeiter während der nächsten vier Monate bei unveränderter Arbeitszeit und unveränderten Löhnen die Arbeit wieder aufnehmen sollten. In der Zwischenzeit solle bei Annahme dieses Vorschlages der Versuch gemacht werden, über eine rein rationelle Entlohnung und eine rationelle Arbeitszeit im Bergbau sich zu einigen. Selbstverständlich bedeutete dieser Versuch nichts anderes, als mit dem Mittel eines befristeten Zugeständnisses die Kampffront der Bergarbeiter zu brechen. In dieser Erkenntnis hat der Vorstand der englischen Bergarbeiterföderation das Angebot der Kirchenführer nicht angenommen und erklärt, daß sie weder zu Konzessionen in der Lohnfrage, noch in der Arbeitszeit bereit seien. Diese Antwort ist nicht nur gerichtet an die englischen Kirchenführer, sondern auch an alle jene, die innerhalb und außerhalb Englands alle Mittel in Bewegung setzen, um den heroischen Verteidigungskampf der englischen Bergarbeiter als aussichtslos und ihre Führer, insbesondere Cook, als den „Gefangenen Moskaus" zu denunzieren. Dieser letzte Beschluß des Vorstandes der englischen Bergarbeiterföderation gegen das Vermittlungsangebot der Kirchenführer ist die beste Antwort darauf und zeigt die unerschütterliche Front, nicht um Haaresbreite von dem einmütigen Willen der kämpfenden 1 300 000 Bergarbeiter abzuweichen.

So, wie der Beschluß der Londoner Gewerkschaftsräte zum aktiven Boykott aller Kohlentransporte nach England aufruft, so mehren sich auch die Stimmen innerhalb der deutschen Arbeiterschaft für die Verhinderung jeglicher Kohlenzufuhren nach England, wie dies die Entschließung des ADGB-Ortsausschusses Gotha vom 13. Juli erneut bestätigt. Einmütig wurde dort beschlossen, daß der Ortsausschuß des ADGB Gotha sich mit der Haltung des Bundesausschusses des ADGB zum englischen Bergarbeiterstreik nicht einverstanden erklären kann und deshalb folgende Forderungen stellt:

1. Unterbindung jeder Kohlenzufuhr, auch nach den sogenannten „neutralen" Häfen;
2. durchgreifende finanzielle Unterstützung durch Erhebung von Extrabeiträgen in den Gewerkschaften;
3. Verweigerung jeder Art, die als Streikbrecherarbeit gegen die englischen Bergarbeiter in Frage kommt.

So wie bereits von der Wasserkante und dem ADGB-Ortsausschuß Gotha die verstärkte Forderung für die Durchführung der Kohlentransportblockade nach England ertönt, so müssen die Stimmen aus den Reihen der Arbeiterschaft innerhalb der freien Gewerkschaften sich mehren, bis es gelingt, den Willen der Bundesleitung des ADGB zu brechen und dem Rufe der Londoner Gewerkschaftsräte zu folgen:

Für den aktiven Boykott aller Kohlentransporte.

Der Abbau der Demokratie

M. S. Die wirkliche Demokratie, die gleiche Rechte und Pflichten für sämtliche Schichten der Bevölkerung voraussetzt, und um deren Erhaltung es sich angeblich nach Kautsky und Genossen in den Revolutionsjahren 1918/19 handelte, existierte bisher überhaupt noch nicht in einem europäischen Staate. Aber auch die formale Demokratie, von der die Wels und Genossen so begeistert sind, wird entweder offen oder auf Umwegen von „Ermächtigungsgesetzen" abgebaut. Während in den südeuropäischen Ländern die faschistische Diktatur offen ihre Orgien feiert, und in Mitteleuropa (Deutschland und Ungarn) die verkappte Diktatur Hindenburg-Horthy herrscht, geht jetzt auch in anderen Ländern die formale Demokratie ihrem Ende entgegen. Auf der einen Seite ist es „der alte Vorkämpfer für Demokratie", Marschall Pilsudski, und auf der anderen Seite sind es die beiden „alten demokratischen Länder" Frankreich und Belgien, die dem Parlamentarismus einen Schlag versetzen.

In Polen ging die Sache so vor sich: Marschall Pilsudski, der Verfechter des demokratischen Gedankens, hat auf „verfassungswidrigem Wege", um im Dialekt des „Vorwärts" zu sprechen, die politische Macht an sich gerissen. Nachdem dies geschehen war, wurden die verfassungsmäßigen Zustände wieder hergestellt. Darob große Begeisterung bei allen Anhängern des Parlamentarismus. Kurze Zeit, nachdem der Sejm seine Tagung begann, hat er die Budgetvorlage der Regierung abgelehnt. Daraufhin erklärte sofort Ministerpräsident Bartbel, das Kabinett trete zurück. Das bedeutete die offene Diktatur Pilsudskis. Deshalb hat die Mehrheit den Ministerpräsidenten, er möge doch mit dem Rücktritt etwas abwarten, der Sejm werde nämlich die Sache „prüfen". Die „Prüfung" dauerte nicht lange, und — siehe da! Das Wunder geschah — die Sejmabgeordneten überzeugten sich „plötzlich" (innerhalb von einigen Stunden!) von der Richtigkeit der Regierungsvorlage. Das Budget wurde angenommen, die Regierung blieb, und so wurde die Demokratie neuerdings „gerettet".

Nun verlangte die Pilsudski-Barthel-Regierung vom Sejm eine Verfassungsänderung, die ihr ermöglichen wird, in den nächsten Jahren in diktatorischer Weise zu schalten und walten. Der Sejm, der nicht den Mut hatte, den Kampf für seine Rechte aufzunehmen, hat im großen und ganzen dem Regierungsantrag zugestimmt. Gemäß der neuen Grundgesetze wird dem Präsidenten das Recht erteilt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, und zwar in der Zeit, wo der Sejm aufgelöst ist. Für den Fall der Vertagung kann das Dekretierungsrecht von Fall zu Fall durch besondere Ermächtigungsgesetze erteilt werden, wobei ausdrücklich betont wird, daß auf dem Wege der Verordnung auch eine Aenderung des Wahlrechts, also der wichtigsten demokratischen Errungenschaft, erfolgen darf. Mit anderen Worten: Die Regierung ist jetzt, wo der Sejm nach Hause geschickt wird, mit diktatorischen Vollmachten versehen. Somit hat das Parlament der vorläufigen Abschaffung des Parlamentarismus zugestimmt, d. h. sich selbst kastriert. Die oberste Gewalt geht heute in Polen, nicht nur tatsächlich, sondern auch formell (und bekanntlich legen die Leute mit dem Verfassungsfimmel das Hauptgewicht vor allem auf die Form) nicht vom Volke, sondern vom „Triumvirat" Pilsudski-Moscicki-Barthel aus.

In Frankreich haben wir in diesen Tagen ähnliches erlebt. Trotz der „glänzenden" Siege über die Kiffabylen fiel in letzter Zeit der französische Frank ununterbrochen, und man bezahlte bereits für ein englisches Pfund über 200 Franken. Alle „Sanierungsmaßnahmen" halfen nichts, und nun ist das französische Finanzgenie Caillaux zum „Retter" berufen worden. Caillaux erklärte, er könne den Frank vor dem weiteren Sturz nur dann retten, wenn die Regierung unter Ausschaltung des Parlaments ihre Maßnahmen treffen werde. In seiner großangelegten Rede erklärte u. a. Caillaux, daß die Regierung ein Ermächtigungsgesetz eingebracht habe, wonach die Regierung ermächtigt wird, „durch Dekret alle zur Sicherung des budgetären Gleichgewichts wie zur „Stabilisierung" der Währung erforderlichen Maßnahmen anzuordnen". Nachdem die Kammer der Regierung Briand-Caillaux das Vertrauen ausgesprochen hat, ist auch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes in der einen oder anderen Form gesichert.

Und nun kommt auch Belgien an die Reihe. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Regierung, deren Außenminister, Herr Vandervelde, Führer der 2. Internationale, Rechtsanwalt und Patentdemokrat von Beruf ist, in die Kammer einen Gesetzentwurf eingereicht hat, in dem es u. a. heißt:

„Zur Durchführung des finanziellen Wiederaufbaues des Landes und zur Vorbereitung der Stabilisierung der Währung kann der König während eines Zeitraumes von sechs Monaten diejenigen Maßnahmen treffen, die er für nötig hält, um alle in Kraft befindlichen Verfügungen über den Notenumlauf abzuändern oder zu vervollständigen, Anleihen abzuschließen, und alle Anordnungen zu treffen, um die Inflation aufzuhalten, bzw. einzuschränken und die Rückliefung ausgeführter Kapitalien sicherzustellen."

Brutales Vorgehen des Henkergerichts gegen Rakosi und Genossen

Budapest, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende des Gerichtshofes verurteilte gestern den Genossen Rakosi, weil er bei dem Verhör eines Angeklagten eine zustimmende Geste gemacht und gelächelt hatte, da er sich dadurch „unanständig" benommen habe, zu einem Tag Dunkelarrest mit verschärftem Fasten und hartem Lager. Rakosi erklärte, es sei keine Respektlosigkeit, wenn er der Rede eines Genossen eine Beifallsbezeugung mache. Daraufhin erklärte der Vorsitzende, daß er die Strafe noch um 24 Stunden verlängere, worauf ihm Rakosi gelassen erwiderte, daß er diese Verfolgung der Klassenjustiz mit dem Hungerstreik beantworte. Der Vorsitzende verwies Genossen Rakosi zu dem weiteren Verlauf der Verhandlung aus dem Gerichtssaal und ließ ihn in Dunkelarrest abführen. Später wurde die Ausweisung Rakosis für die weitere Verhandlung auf Einspruch des Verteidigers zurückgezogen. Auch der Angeklagte Ludwig Vocfoki wurde bei dem Verhör wegen Respektlosigkeit zu 24 Stunden Dunkelarrest verurteilt. Als er erklärte, gegen diese Willkür des Klassengerichts zu protestieren, verurteilte ihn der Vorsitzende zu weiteren 24 Stunden verschärftem Dunkelarrest. Sämtliche Angeklagten erklärten vor Gericht, daß sie von der Polizei fürchterlich mißhandelt wurden.

Steigende Erwerbslosenzahlen

Der Schwindel der Notstandsaktion

Berlin, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie das „Achtuhrabendblatt" berichtet, betrug gegen Ende der letzten Woche die Zahl der Erwerbslosen Groß-Berlins 273 000, wovon nur 206 000 Unterstützung bezogen. Im Laufe dieser Woche wird die Zahl der Erwerbslosen wieder um mehrere Tausend steigen. Das Blatt weist darauf hin, daß von diesem ungeheuren Heer der Erwerbslosen in Groß-Berlin und Umgebung nur 3900 mit Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

Terror und Haß gegen die Roten Frontkämpfer

Hamburg, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Polizeisenator hat zum Gautreffen des Roten Frontkämpferbundes sämtliche Platzkonzerte und auch das Schmücken der Straßen mit Girlanden verboten. Alle Aufmärsche usw. vor 8 Uhr morgens hat er ebenfalls verboten.

Neben den Faschisten in Bayern stehen die Sozialdemokraten im Kampf und Haß gegen den RFB. Die Frontkämpfer werden mit einem um so wuchtigeren Aufmarsch in Hamburg antworten.

Eine Niederlage Caillaux

Paris, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Sturz des Franken geht weiter. Das Pfund erreichte gestern den Betrag von 265 Franken. Dieser Frankensturz ist vor allem auf den Mißerfolg von Caillaux, im Ausland Kredite zu erhalten, zurückzuführen. In der gestrigen Sitzung der französischen Finanzkommission wurde Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes, das Caillaux vorlegte, mit 13 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Caillaux wird daraufhin über den Kopf der Kommission hinweg an das Plenum der Kammer appellieren. Er erwartet dort unter Hinweis auf den Frankensturz eine Mehrheit zu erlangen. Die Finanzkommission hatte Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes von Caillaux abgelehnt, weil sie unter allen Umständen den Goldbestand der Bank von Frankreich erhalten will.

Um die internationale Gewerkschaftseinheit

Moskau, 16. Juli. (Inprekorr.) Der Generalrat der britischen Gewerkschaften schlug dem Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion vor, für den 26. Juli nach Paris das anglo-russische Einheitskomitee zu einer Tagung einzuberufen, um die Arbeit der letzten Dezembertagung fortzusetzen und die letzten Ereignisse in ihrem Zusammenhang mit der Bewegung für die internationale Gewerkschaftseinheit zu beurteilen.

Ein Großindustrieller wegen Anstiftung zum Mord verhaftet

Magdeburg. (Eigener Drahtbericht.) Hier wurde der Großindustrielle Rudolf Haas, einer der Direktoren der L. Haas AG., wegen Anstiftung zum Morde an seinem früheren Buchhalter verhaftet. Das Verbrechen liegt schon über ein Jahr zurück. Der Buchhalter war hinter die Steuerhinterziehungen seines Chefs gekommen und beabsichtigte, der Steuerbehörde darüber Angaben zu machen. Am selben Tage war er jedoch spurlos verschwunden. Nach langen Ermittlungen hat nunmehr die Polizei einen gewissen Schröder als Mörder, den Chauffeur des Haas wegen Beihilfe und Haas selbst als intellektuellen Urheber verhaftet. In einem Keller des Schröderschen Hauses wurde die Leiche des Buchhalters 70 Zentimeter unter der Bodendecke gefunden. Da die Decke aus Ton bestand, konnten keine besonderen Ausdünstungen nach oben gelangen.

Der „ehrenwerte Mann der Gesellschaft" hat sich also nicht gescheut, kaltblütig einen Angestellten zu ermorden, um nun seine Steuerhinterziehungen weiter treiben zu können.

Der Haupttäter der Reuner Schröder, hat inzwischen ein Geständnis über die Ermordung abgelegt. Ebenso soll er eingestanden haben, an dem Tode seiner Eltern schuld zu sein. Der Vater verbrannte, die Mutter wurde erschossen. Der Direktor Rudolf Haas leugnet seine Beteiligung ab. Die bürgerliche Presse kommt ihm zu Hilfe und erklärt Schröder für einen übel beleumundeten Menschen. Feststehen bleibt aber die Tatsache, daß der Buchhalter Helling, kurz bevor er über die Steuerhinterziehungen aussagen sollte, ermordet wurde.